

Vizepräsident Dr. Stölzl

(A)

Die lfd. Nrn. 8 bis 12 sind durch die Konsensliste erledigt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 13:

a) Beschlussempfehlung

Frische Luft für Berlin:

Luftreinhalteplan endlich aufstellen

Beschlussempfehlung StadtUm Drs 15/3967

Antrag der Grünen Drs 15/3406

b) Beschlussempfehlung

Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Aufstellung des Luftreinhalteplans

Beschlussempfehlung StadtUm Drs 15/3968

Antrag der Grünen Drs 15/3606

c) Beschlussempfehlung

Luftschadstoffe statt EU-Richtlinien bekämpfen

Beschlussempfehlung StadtUm Drs 15/3969

Antrag der Grünen Drs 15/2964

d) Beschlussempfehlung

Umweltschonende Verkehrslenkung in Berlin

Beschlussempfehlung StadtUm Drs 15/3970

Antrag der CDU Drs 15/3886

(B)

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kubala hat das Wort.

[Unruhe]

Ich bitte um Aufmerksamkeit und Senkung des Geräuschpegels, damit Frau Kubala gut verstanden wird. – Bitte schön!

Frau Kubala (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst machen wir gar nichts, und wenn es nicht mehr anders geht, machen wir einen Plan, und dann machen wir wieder gar nichts! – So beschreibt Bernd Matthies heute im „Tagesspiegel“ die Senatspolitik zur Feinstaubproblematik, und damit hat er Recht.

[Beifall bei den Grünen –

Frau Dr. Klotz (Grüne):

Das klingt nach Russenbande! –

Weitere Zurufe]

Dem lässt sich nur noch hinzufügen: Der Luftreinhalteplan kam zu spät, nämlich als die Grenzwerte bereits überschritten waren. Die geplanten Maßnahmen kommen auch zu spät. Erst für 2008 sind sie vorgesehen. Es bleibt wahrscheinlich wieder bei Ankündigungen. Ankündigungen reduzieren aber nicht den Feinstaub. Die Strategie im Umgang mit der Feinstaubproblematik ist bisher immer die gleiche. Die Strategie heißt zunächst verdrängen. Das heißt, dass der Importstaub schuld ist. Um nicht vor der eigenen Tür zu kehren, schaut man zunächst einmal, was in anderen Ländern läuft, was aus anderen Ländern her-

kommt, was nicht hausgemacht ist. Um auch hier nicht vor der eigenen Tür kehren zu müssen, blickt man lieber nach Polen, wo der Staub herkommen könnte.

Die zweite Strategie lautet, im Bundesrat verzögern, verschleppen, bremsen. Immer wieder werden neue Bundesratsinitiativen eingebracht, nicht nur von Berlin, sondern auch von anderen Bundesländern. Es gibt immer wieder neue Bundesratsinitiativen, die zum Teil die gleichen Sachverhalte zum Gegenstand haben, die Kennzeichnungsverordnung, die steuerliche Förderung, aber letztlich immer mit dem gleichen Ziel, dem Ablenken von der eigenen Unzulänglichkeit. Da befindet sich leider Berlin in schöner Gleichförmigkeit zu anderen Bundesländern, die diese Taktik gleichermaßen auch verfolgen.

Eine besondere Krönung ist der aktuelle Beschluss des Bundesrates zur Feinstaubproblematik. Nach der Devise: Bloß nicht tätig werden! endet dieser Beschluss des Bundesrates mit dem Fazit: Der Bund darf uns mit der Feinstaubproblematik nicht allein lassen. Das ist richtig gehend rührend. Diese Formulierung werden wir uns merken, wenn wir nächstes Mal wieder über Föderalismus diskutieren.

[Beifall bei den Grünen]

Die Länder stehen in der Pflicht, Berlin steht in der Pflicht, etwas gegen den Feinstaub zu unternehmen. Er ist gesundheitsgefährdend. Das ist allgemein bekannt, nur nicht bei Herrn Hahn von der FDP. Die Feinstaubrichtlinie ist schon lange bekannt und wurde allzu lange verdrängt. Die Maßnahmen, die durchgeführt werden können, sind auch mehrfach diskutiert worden. Wir haben sie diskutiert, als wir die Anträge eingebracht haben, wir haben sie in den Ausschüssen behandelt. Leider ist es aber dabei geblieben.

Wir fordern Sie heute noch einmal auf, den Anträgen der Grünen zuzustimmen. Wir haben die Maßnahmen benannt, das Feinstaubproblem in den Griff zu bekommen und die Grenzwerte einzuhalten. Zum einen ist eine Umweltzone vorgesehen, die spätestens ab 2007 greifen soll. Das lässt den Verursachern noch Zeit, ihr Auto entsprechend umzurüsten. Eine weitere Maßnahme sieht Tempo 30, eine Routenempfehlung und Lkw-Durchfahrtsverbote vor. Das reduziert nicht nur den Staub, sondern auch den Lärm. Solche Maßnahmen helfen aber wenig, wenn im Gegenzug nicht auch kontrolliert wird, ob diese Maßnahmen auch eingehalten werden.

Eine weitere Maßnahme ist die Förderung von Filternachrüstung und -ausrüstung. Wir haben insbesondere den Hauptverursacher, Lkw und Nutzfahrzeuge, im Blick, und haben vorgeschlagen, hier Maßnahmen zu ergreifen. Die Koalition will aber lieber glatte Straßen statt gesunder Lungen oder besser gesagt: Wahlgeschenke statt Gesundheit für die Bevölkerung.

Die CDU-Lösung ist in diesem Zusammenhang auch sehr originell. Sie empfiehlt für die Silbersteinstraße und für die Frankfurter Allee einen neuen Straßenbelag.

(C)

(D)

Frau Kubala

(A)

[Buchholz (SPD): Haarsträubend!]

Das ist natürlich ziemlich unsinnig. Damit unternimmt man nichts gegen die Feinstaubproblematik.

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Frau Kollegin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmidt?

Frau Kubala (Grüne): Moment! Ich habe nur noch 60 Sekunden! – Die Feinstaubproblematik bringt erhebliche Gesundheitsbelastungen mit sich. Neue EU-Vorgaben werden auch bald zum Thema Lärmschutz kommen. Also müssen wir uns demnächst auch diesem Problem stellen.

[Gaebler (SPD): Wir stellen uns dem Problem schon!]

Einen Plan zu haben ist gut, das ist aber noch kein Grund zum Jubeln. Nun muss dieser Plan zügig umgesetzt werden. Berlin sollte sich endlich einmal an die Spitze der Bewegung stellen!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön! – Wir fahren fort in der Rednerliste. Das Wort für die Fraktion der SPD hat der Kollege Buchholz. Da naht er. – Bitte schön!

Buchholz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kubala! Herr Eßer hat mir gerade zugerufen: „Nichts als Lärm und Feinstaub.“ Das ist genau das, was zu Ihrer Rede richtig ist. Es ist nichts außer Lärm und Feinstaub!

(B)

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der PDS und der FDP]

Was die Substanz angeht, bin ich wirklich schockiert. Wenn Sie sich das Protokoll dieser Sitzung noch einmal vornehmen, werden Sie hoffen, Sie könnten es löschen, aber es wird nicht funktionieren.

Frau Kubala, ich sage es nicht gern, es ist vielleicht auch ein wenig uncharmant. Was sie aber hier erzählt, ist bar jeder Realität, gerade das, was das Land Berlin betrifft. Es ist wirklich peinlich für die gesamte grüne Fraktion in Berlin.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Die Berliner rot-rote Koalition und dieser rot-rote Senat, Frau Kubala, ist tatsächlich – ich sage es betont – beispielhaft für fast alle anderen Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland, was den Umgang mit dem Thema Feinstaub angeht. Das wissen Sie ziemlich genau, Frau Kubala,

[Beifall bei der SPD]

denn diese Koalition hat nicht nur ein integriertes Sicherheits- und Verkehrskonzept vorgelegt, sie sagt nicht nur, sie möchte den Fahrradverkehr in der Stadt verdoppeln, und steht auch zur Parkraumbewirtschaftung und Verkehrslenkung in der Stadt.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

– Ja, Frau Oesterheld, da sind wir beispielhaft. Fragen Sie doch einmal bitte die letzten verbliebenen Dezernenten der Grünen für Umwelt, entweder im Ministerstatus oder auf kommunaler Ebene. Demnächst gibt es keine mehr. Ich nehme gleich einmal einen Antrag vorweg, der von Ihnen gestellt wird. Sie sagen darin, dass die 10 Millionen € für das Sonderbauprogramm dem Straßenausbau weggenommen werden sollen. Sie wissen ganz genau, dass derjenige, der die Straßen neu asphaltiert, damit eine Lärminderung erreicht und auch eine Feinstaubminderung erzielt, weil weniger aufgewirbelt wird. Das ist nun einmal eine Maßnahme, die zieht. Kein einziger grüner Stadtrat im Land Berlin würde dem, was die Abgeordnetenhausfraktion der Grünen fordern, auch nur ansatzweise zustimmen. Das ist ziemlich peinlich für Ihre Fraktion! Das muss man einmal wirklich sagen.

(C)

[Beifall bei der SPD –

Gaebler (SPD): Frau Kubala informiert sich ja nicht!]

Ich komme jetzt zu den Inhalten und zu Ihren Forderungen. Über Tempolimits wird man sicher einmal in Ruhe sprechen müssen. Dass Sie aber pauschal fordern, Tempo 30 über die Stadt zu verteilen, ist nun wirklich nicht mehr von dieser Welt. Sie wissen auch, dass Berlin beispielhaft ist, indem wir in den vergangenen Jahren, nicht erst in 2005, ein umfangreiches Umweltgütemessnetz in Berlin aufgebaut haben und diese Daten sogar halbstündlich für alle Berliner Bürger im Internet zur Verfügung stellen. Davon träumen viele andere Bundesländer. Hier kann man sich wirklich informieren, wie es sich gehört, Frau Kubala! Was sagen Sie denn dazu?

(D)

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der PDS]

– Offensichtlich nichts!

Dann fordern Sie ein Sonderprogramm ausgerechnet des Landes Berlin, dass wir den Einbau von Rußfiltern fördern sollen. Das hat glücklicherweise die rot-grüne Bundesregierung auf den Weg gebracht. Das ist auch sehr gut so. Aber zu glauben, dass wir als Land Berlin noch einmal ein extra Förderprogramm benötigen, geht an der Realität vorbei. Woher wollen Sie das Geld nehmen? Spendet die Grünen-Fraktion die Mittel? Es ist mir persönlich sehr unklar.

Ich möchte auch einmal ganz offiziell sagen: Es gab vor wenigen Tagen in Stuttgart eine Gerichtsentscheidung. – Es wundert mich, dass Sie darauf nicht eingegangen sind. Ich dachte, Sie würden es tun. –, in der vom Gericht ein Aktionsplan zur Luftreinhaltung eingefordert wurde. Den hat Berlin schon zur der Bürgerbeteiligung vorgelegt. Er wurde vom Senat verabschiedet und liegt den Bürgern zur Beteiligung vor. Anschließend wird er dem Parlament vorgelegt. Uns muss man zu solchen Maßnahmen nicht verklagen. Wir haben einerseits als Land Berlin am 11. Mai eine positive Entscheidung gehabt. Die Bürger der Frankfurter Allee sind unterlegen. Frau Kubala, wenn Sie sich vorbereitet hätten, wüssten Sie, dass auch am heutigen Tag ein Berliner Gericht gesagt hat, dass das, was die Bürger fordern, in Berlin schon

Buchholz

(A)

vorhanden ist. Die Klage der Anwohner wurde abgelehnt. Glauben Sie mir doch, dass ein Berlin dieses nicht einfach so entscheidet, sondern substantiell richtig entscheidet. Mit diesen Fakten des Landes Berlin müssen Sie sich auch einmal auseinandersetzen und dazu stehen und nicht irgendwelche abgehobenen Reden halten, die nichts mit der Berliner Realität zu tun haben. Das ist ziemlich traurig!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Frau Kubala, meine Zeit schwindet. Ich will mir noch kurz einen Satz zu dem ganz tollen CDU-Antrag gönnen. Das habe ich Ihnen auch schon einmal im Ausschuss gesagt. Herr Goetze, meine Herren von der CDU! Momentan sind von der CDU nur Männer anwesend. Es gibt nicht so viele Frauen in der Fraktion. Momentan ist keine Dame anwesend, so gern ich sie auch begrüßen würde. – Sie fordern im CDU-Antrag eine umweltschonende Verkehrslenkung, fordern Dinge, die wirklich alle schon komplett vom Senat angegangen wurden, was die Verbesserung des Verkehrsflusses angeht und die Instandhaltung von Straßen. Darauf bin ich eben schon eingegangen. Sie fordern aber vor allem eines im ersten Satz: Der Senat soll Maßnahmen vorsehen, die aber keine Fahrverbote und keine Straßensperrungen vorsehen. So einfach, meine Herren – und meinetwegen auch Damen – von der CDU, kann man es sich wirklich nicht machen. Da Sie in Ihrem Mitgliederverband niemand haben, der hier als Spitzenkandidat – oder vielleicht Spitzenkandidatin? – zur Verfügung stehen kann, wollen Sie vielleicht Herrn Töpfer holen. Wenn Sie ihn zum Spitzenkandidaten im Land Berlin machen wollen und ihm solche Anträge zeigen, wird er Ihnen sagen: Jungs und Mädels, zurück in die Kabine, setzt euch hin, macht das noch einmal neu, weil ihr das mit einem Spitzenkandidaten Töpfer wohl kaum durchhalten werdet! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(B)

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön, Herr Kollege Buchholz! – Zuerst kommt noch eine Kurzintervention der Frau Kollegin Kubala, sie hat es angemeldet. – Herr Goetze, ich bitte um Geduld. – Bitte schön, Frau Kubala, Sie haben das Wort!

[Gaebler (SPD): Fakten, wir wollen Fakten!]

Frau Kubala (Grüne): Kollege Buchholz! Beispielhaft sind Sie nur beim Planemachen. Das scheint offensichtlich der Einfluss der PDS zu sein. Aber wir sind hier nicht mehr in der Planwirtschaft,

[Zuruf der Frau Abg. Leder (SPD)]

wir wollen hier jetzt Umsetzungen sehen. Das Problem des Feinstaubes ist seit Jahren bekannt. Sie haben das ganz richtig gesagt. Es wird seit Jahren, bald Jahrzehnten an den Straßen gemessen. Alle, hoffentlich auch die im Senat Zuständigen, wussten, dass uns dieses Problem erwartet. Es wurde nichts gemacht. Heute verkünden Sie hier bloß, dass Sie einen Plan haben, halten den auch noch stolz

hoch und tun so, als ob das eine Leistung sei, die uns von Aachen, Stuttgart und Castrop-Rauxel unterscheidet. Ich bitte Sie, was ist denn das für eine Leistung für eine Hauptstadt? – Wir müssen endlich Maßnahmen umsetzen, nicht bis 2008 abwarten, sondern auch etwas tun. Ihrem Redebeitrag konnte ich nur entnehmen, dass Sie wohl nach wie vor bis 2008 abwarten wollen und gar nichts machen.

[Doering (PDS): So kenne ich ihn nicht!]

Das kann wohl nicht die Lösung sein.

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Herr Buchholz wartet nicht ab, sondern repliziert. – Er hat das Wort!

Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Kubala, es ist immer wieder überraschend, was Sie mitunter replizieren. Vielleicht haben Sie verdrängt, dass der Herr Bundesumweltminister Trittin – Grüner – es mehrere Jahre weder geschafft hat, ein Verkehrszeichen für Umweltzonen in Städten einzuführen,

[Doering (PDS): Ach was? Noch einmal!]

weil Sie eben betont haben, wie lange das schon alles bekannt sei, noch hat er es im Bundeskabinett – Frau Kubala, es ist leider Realität – geschafft, eine Kennzeichnung von rußarmen Fahrzeugen vorzulegen,

[Doering (PDS): Ist nicht wahr!]

dieser grüne Umweltminister im Bund.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Wer hat es denn verhindert? –
Doering (PDS): Unerhört!]

Da müssen Sie wohl die Kritik, die Sie an uns äußern, selbst mitnehmen in die grüne Partei, in den Bundesverband, da können Sie das noch einmal vortragen. Das ist das eine.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Dann zu dem, was Sie hier zu den Zeitplänen sagen. Frau Kubala, wir sind eines der ganz wenigen Bundesländer in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, die überhaupt einen Luftreinhalte- und Aktionsplan haben.

[Frau Kubala (Grüne): Aachen und Stuttgart! –

Frau Dr. Klotz (Grüne): Das ist ja wohl das Mindeste!]

Fragen Sie doch in den Städten, z. B. in Stuttgart, nach, Sie wissen es doch auch, sie haben dort überhaupt keinen Plan.

Frau Kubala, was mich sehr verwundert, dass die grüne Fraktion ein Problem damit zu haben scheint, dass dieser Aktions- und Luftreinhalteplan jetzt seit Anfang des Jahres in die Bürgerbeteiligung im Land Berlin gegangen ist. Wenn Sie so etwas stört, dann frage ich mich, wie konnten Sie heute die Anträge zu Bürgeranfragen und Bürgerbeteiligung einbringen.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Es gab
dazu heute keinen Antrag!]

(C)

(D)

Buchholz**(A)**

Das passt wohl nicht ganz zusammen, denn dieser Senat hat einen Entwurf vorgelegt, der erst aktiv in der Öffentlichkeit mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, dann erst verabschiedet wird. Aber wenn Sie von den Grünen das nicht einsehen, dann weiß ich nicht, welche Demokratieschule Sie durchlaufen haben, es muss eine andere sein als die der rot-roten Koalition. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Zuruf der Frau Abg. Kubala (Grüne)]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön, Herr Kollege Buchholz! – Nun erhält für die CDU-Fraktion der Kollege Goetze das Wort. – Bitte schön!

[Beifall des Abg. Henkel (CDU)]

Goetze (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Buchholz! Der Versuch, sich hier in irgendeiner Form mit dem Umweltsachmann Töpfer auseinander zu setzen, ist wohl gründlich daneben gegangen.

[Doering (PDS): Ich fand das überzeugend!]

Denn im Gegensatz zu Ihnen ist er durchaus in der Lage, ideologiefrei an ein Problem heranzugehen und dafür eine Lösung zu präsentieren

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Obwohl er in der CDU ist!]

(B)

und nicht immer nur die gleichen ollen Kamellen zu bringen wie City-Maut oder Straßensperrungen oder Ähnliches.

[Buchholz (SPD): Habe ich eines
der Worte in den Mund genommen? –
Gaebler (SPD): Frau Kubala!]

Das ist Ihr Baukasten, den tragen Sie seit Jahrzehnten mit sich herum. Daneben gibt es noch etwas, das werden Sie bestimmt noch erfahren, Sie fangen mit Ihrer Karriere im Umweltbereich erst an. Dann können Sie sich vielleicht auch mit einem Herrn Töpfer auseinander setzen. Lassen Sie die Ideologie einfach in der Mottenkiste.

Wir diskutieren hier ein Problem, für das es schon einen Gutteil Lösungen, nämlich Erfolge, gibt. Diese Erfolge halten sich ganz unterschiedliche Akteure zugute, sicherlich solche der Sozialdemokratie, aber auch solche der CDU. Die Luftverschmutzung ist seit 1990 in der Bundesrepublik um 90 Prozent zurückgegangen, in Berlin in den Jahren 1994 bis 2000 um 50 Prozent. Es ist nicht so, dass wir bei Null anfangen, sondern es gibt Erfolge. Daran haben alle Koalitionsregierungen und alle beteiligten Parteien einen entsprechenden Anteil.

Aber das, was uns insbesondere Frau Kubala hier vortragen hat, nämlich den Verweis auf das, was angeblich im Land nicht läuft, ist eine ziemlich grobe Nummer.

[Buchholz (SPD): Da haben Sie Recht!]

Frau Kubala, wir haben im Bundestag leider zur Kenntnis nehmen müssen, dass alle aus dem Wissenschaftsbereich an der Anhörung Beteiligten festgestellt haben, dass es bis

heute keine öffentliche Forschungsförderung für das Thema Feinstaubbekämpfung und -wirkung gibt. Das haben Sie zu vertreten, das hat Ihr Umweltminister zu vertreten. Es gibt bisher in dem, was das Bundesumweltministerium macht, keine Konzentration auf das Problem Ultrafeinstaub, nämlich die Partikel kleiner als 2,5 Mikrometer. Alles Mögliche wird durcheinander gemischt, aber diese Kleinstpartikel sind das Problem, das wir lösen müssen. Ihr Umweltministerium, Frau Kubala, kannte als erstes die EU-Richtlinie von 1999. Man muss sich fragen, warum ein Herr Trittin, wenn er es jetzt so eilig hat mit den Maßnahmeplänen, drei Jahre bis 2002 gebraucht hat, die EU-Richtlinie umzusetzen, und warum er nicht spätestens dann eine Initiative an die Bundesländer weitergeleitet hat, mit dem diese in die Lage versetzt worden wären, vorbereitend tätig zu werden, ein bisschen Öffentlichkeitsarbeit zu machen und dergleichen mehr. Nein, es geht immer nur um Dönekes, die man in der Umweltpolitik publikumswirksam in die Luft und in die Welt bläst, aber um die tatsächlich wichtigen Dinge, die nicht so PR-trächtig sind, kümmert er sich nicht.

[Zuruf der Frau Abg. Kubala (Grüne)]

Es gibt bis heute kein abgestimmtes und langfristiges Konzept. Sie können es nicht vorlegen. Es wird sonst immer alles in den Postillen oder der Internetseite des Umweltministeriums veröffentlicht, dort ist davon nichts zu finden, nicht einmal die Finanzierung für die Steuervorteile hat man bis jetzt auf die Reihe gekriegt. Nur immer der Verweis auf City-Maut und Fahrverbote, die aus Ihrer Ecke kommen, reicht nun wirklich nicht aus.

Die anderen Dinge werden ignoriert. Sie haben selbst gegen unseren Antrag gestimmt. Das heißt, das, was von ernsthaften Wissenschaftlern immer wieder ergänzend genannt wird, nämlich Probleme mit dem Bremsenabrieb, dem Reifenabrieb, Straßenbelagsabrieb, auch grüne Wellen und Umfahrungen auf dem Land, das sind alles Themen, die mit in ein solches Gesamtkonzept hineingehören. Es passt Ihnen nicht, Sie haben damit ideologische Probleme, deswegen hören wir es von Ihnen nicht. Deswegen haben Sie als Grüne dann letztlich gegen unseren Antrag gestimmt.

[Buchholz (SPD): Nicht: Es passiert nichts,
Herr Goetze, sondern es wird gemacht!]

Wir erwarten 2010 noch niedrigere Grenzwerte, deswegen tut es wirklich Not, sich hierauf zu konzentrieren.

Was ist die Lösung der SPD? – Es ist tatsächlich diese Maxime: Wir haben einen Plan, wissen aber nicht, was darin steht. – Das ist bedauerlicherweise das Problem auf Ihrer Seite. Denn was müssen wir beim Landesemissionsschutzgesetz sehen? – Darin steht sinngemäß einfach, ich fasse zusammen: Zur Feinstaubproblematik wird der Senat eine Rechtsverordnung erlassen. – Da gibt es in den Paragraphen nicht eine konkrete Aussage, was der Gesetzgeber auf Landesebene zur Feinstaubproblematik festlegen soll.

(C)**(D)**

Goetze

(A)

[Buchholz (SPD): Doch, z. B. die Abhängung von Baustellen ist eine ganz konkrete Regelung!]

– Dort steht nur: Es wird eine Rechtsverordnung erlassen. Die Rechtsverordnung kennen wir nicht. Sie ist im Ausschuss nicht vorgelegt worden. Wir können also nur raten, können nur warten, können uns nur zurücklehnen und sagen: Die Sozis haben einen Plan, aber sie wissen leider nicht, wie er ist. Das ist zu dünn, das ist einfach zu dünn! Wir sind in einer Woche zusammen, das Gesetz zu beraten. Da warten wir, welche konkreten Ausgestaltungen dieses Paragraphen es von Ihrer Seite gibt. Sie können auch die Senatorin bitten, dass Sie uns den Entwurf der Rechtsverordnung schon zukommen lässt. Ansonsten, lieber Herr Buchholz: Schade um den Feinstaub, der in diesen hohlen Luftnummern steckt, den wir von Ihrer Partei immer wieder zu hören bekommen.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön, Herr Kollege Goetze! – Es folgt die PDS. Das Wort hat die Frau Kollegin Hinz. – Bitte schön!

Frau Hinz (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kubala! Ich will vorab sagen: Die PDS und die SPD machen nicht nur Pläne, sondern setzen sie auch um. Das zeichnet uns aus. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen, die Sie ernst nehmen sollten.

(B)

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir haben mit der teilweise schlechten Luft in der Stadt genauso Probleme wie die anderen Fraktionen. Wir sehen auch, dass teilweise eine gesundheitliche Bedrohung gegeben ist. Es müssen Veränderungen geschehen, das ist unbestritten. Die Verbesserung der Luft ist unser aller Ziel, denke ich. Wir alle wissen, dass es unterschiedliche Herkunftsquellen und unterschiedliche Arten von Feinstaub gibt. Das, was wir beeinflussen können, sind etwa 50 %, und das ist hauptsächlich Staub aus dem Straßenverkehr. Dessen werden wir uns annehmen, da wir hier Einfluss nehmen können.

Uns liegt der Luftreinhalte- und Aktionsplan des Senats vor. Ich hatte erwartet, dass Sie sich ernsthaft damit auseinander setzen. Es steht eine Reihe von Dingen für den Verkehrsbereich, aber auch für andere Bereiche darin. Statt sich mit diesem Plan auseinander zu setzen, wird hier nur Aktionismus betrieben. Das ist uns zu wenig. Sie kennen den Plan seit Februar so wie wir.

[Frau Kubala (Grüne): Er ist uns nicht zugegangen!]

– Er ist Ihnen nicht zugegangen? – Das haben wir schon im Ausschuss besprochen. Wir alle konnten uns informieren, nur Sie offenbar nicht.

[Buchholz (SPD): Die Grünen kennen das Internet nicht!]

Da müssen Sie einfach mal in die Datenbank sehen, dann können Sie das auch erkennen, was dort vorliegt. – Auf alle Fälle gab es eine öffentliche Beteiligung, und wir sind

sehr gespannt, was in der öffentlichen Beteiligung vorgebracht wurde, und auf die Auswertung.

(C)

Für uns ist der Luftreinhalte- und Aktionsplan eine gute Ausgangslage. Dort ist auch die Forderung vom BUND verzeichnet, eine Umweltzone einzuführen. Ob das 2008 oder vielleicht doch schon 2007 kommt, werden wir sehen, und wir werden es sehr unterstützen, wenn es früher kommt. Es ist einiges zu tun, und Berlin hat schon einiges getan. Das Land ist im Bundesrat tätig geworden, gerade auch was die Kennzeichnungspflicht anbelangt. Das ist von den anderen Ländern übernommen worden, so dass man jetzt von einer bundesweit einheitlichen Regelung ausgehen kann.

Was wir an Anträgen im Ausschuss diskutiert haben, waren schon Ladenhüter. Der Antrag, den wir zu diskutieren hatten, war vom Juni 2004, da gab es noch keinen Luftreinhalteplan, aber den gibt es jetzt. Zu diesem Zeitpunkt fehlt die Aktualität, um diesem Antrag noch zuzustimmen. Zwei andere Anträge, die Sie vorgelegt haben, haben Sie selbst für erledigt erklärt. Ich weiß gar nicht, warum wir hier überhaupt diskutieren.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Das kostet nur unnötig Zeit.

Ich will kurz auf den Antrag der CDU eingehen. Auch die CDU sollte sich mit dem vorliegenden Plan auseinander setzen. Die vorgeschlagene Verbesserung des Verkehrsflusses ist sicherlich ein vernünftiger Ansatz, aber sie muss auch finanziell abgesichert sein, es müssen entsprechende Systeme eingeführt oder erneuert werden, und das ist ein Punkt bei den Haushaltsberatungen, wie man das umsetzen kann.

(D)

Eine bessere Instandhaltung der Straßen, die Sie fordern: Da gibt das Straßensanierungsprogramm für 2005. Das ist sicherlich nicht abdeckend für alle notwendigen Maßnahmen, aber es ist ein Ansatz.

Sie fordern die regelmäßige Reinigung von Fahrbahnbelägen. – Da gab es Untersuchungen, die zu dem Ergebnis geführt haben, dass das keine Verbesserung bringt. Was soll das also?

Sie fordern ein Routennetz für Schwerlastverkehr. – Aber letztlich – das müssten Sie genau wissen – ist das nur eine Verlagerung in der Stadt von einer Verkehrsstraße auf eine andere, vielleicht auf eine, wo dann keine Messstation steht. Was soll das Ganze? – In dem Sinne konnten wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

[Beifall des Abg. Buchholz (SPD)]

Es gibt noch vieles zu regeln, gerade auf der Bundesebene, was hier schon deutlich gemacht wurde. Wir alle sollten uns dafür einsetzen, auch durch entsprechende Nachfragen, dass die Industrie, die Fahrzeugindustrie, die Hersteller von Filtersystemen, ihren Verpflichtungen und den Forderungen nachkommen. Dann können wir uns hoffentlich bald mit der Verbesserung der Luftqualität be-

Frau Hinz**(A)**

fassen. Wir können die vorgelegten Anträge insgesamt nur ablehnen; es sind nur noch zwei, aber wir lehnen sie für unsere Fraktion ab.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön, Frau Kollegin Hinz! – Wir fahren fort in der Redeliste. Das Wort hat für die FDP Herr Kollege Hahn. – Bitte schön! Sie haben das Wort!

Hahn (FDP): Danke schön, Herr Präsident! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Frau Kubala! Mir kommt bei dieser Debatte immer der Film in den Sinn: „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

[Frau Ströver (Grüne): Das kennen wir schon!]

Für diejenigen, die den Film nicht kennen:

[Ratzmann (Grüne): Wir haben ihn alle gesehen!]

Da durchlebt der Held, ein Journalist, immer wieder denselben Tag. Mit jedem neuen Tag beginnt wieder der alte Ablauf. – Das kommt mir in den Sinn, wenn ich Sie hier reden höre. Frau Kubala! Wir reden über das Thema Feinstaub hier nicht zum ersten Mal.

[Frau Kubala (Grüne): Aber Sie haben es immer noch nicht gelernt!]

(B)

Wir reden im Ausschuss darüber, wir treffen uns zu Diskussionen dazu, wie letzts in Friedrichshain. Aber: Sie nehmen nichts auf. An Sie dringt keine Information heran. Sie handeln immer nach dem gleichen Motto: Information schränkt die freie Meinungsäußerung ein.

[Beifall bei der FDP]

Das für sich genommen, wäre noch nicht so schlimm. Das Problem ist aber, dass Ihre Fraktion das immer macht. Sie kommt mit immer den gleichen Vorschlägen – die Anlässe mögen wechseln, die Vorschläge sind immer gleich. Da muss man sich schon einmal überlegen, was dahinter stecken kann? Die klinische Psychologie kennt den Begriff der Ersatzhandlung. Der ist wie folgt definiert:

Allgemeine Bezeichnung für Handlungen, die als Ersatz für eine eigentlich gewünschte Handlung an deren Stelle treten. Beispiel: Kann der Drang nach erotischen Handlungen nicht ausgelebt werden, tritt an seine Stelle die Betrachtung von erotischen Bildern.

Es gibt noch eine andere Definition, die ich Ihnen erspare. Aber ich habe genau den Eindruck der Ersatzhandlung bei den Maßnahmen, die die Anträge hier vorstellen.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Sie wollen das Auto bekämpfen, das ist Ihr eigentliches Ziel, und dazu müssen Sie immer neue Anlässe und Vorwände finden.

Es ist zum Thema Feinstaub schon vieles gesagt worden. Bedauerlicherweise ist aber die Große Anfrage, die unsere Fraktion gestellt hat: „Wie gut ist die Berliner

Luft?“, immer noch nicht beantwortet. Da sind wesentliche Fragen, die immer noch nicht geklärt sind. Zum Beispiel gibt es Fragen zur Toxizität des Feinstaubs. Neuere Untersuchungen sind zu zweifelnden Ergebnissen gekommen, ob das Ganze überhaupt so gefährlich ist wie behauptet. Ich kann Ihnen nachher Hinweise geben, woraus der Zweifel entsteht. Es gibt auch Erkenntnisse, die schon lange bekannt sind und immer wieder bestätigt werden, zum Beispiel, dass Rauchen ein zehn bis fünfzehn Mal höheres Mortalitätsrisiko als das Einatmen von Feinstäuben birgt.

Über die Feinstaub-Emissionsquellen ist noch längst nicht alles bekannt. Ich wiederhole das. So konnten wir letzts – Frau Kubala, Sie waren dabei – in Friedrichshain bei einer Podiumsdiskussion erleben, wie sich nach über zwei Stunden Feinstaubdebatte aus dem Publikum ein Ingenieur meldete, der erklärte, an einem Gerät zu arbeiten, das Feinstaubbelastungen in den Wohnungen messe. Er ist mit seinem Gerät zu erstaunlichen Ergebnissen gekommen: Selbst in dem Kiez Frankfurter Allee ist demnach die Feinstaubbelastung innerhalb der Wohnungen um das Eineinhalbfache bis Doppelte höher als außerhalb. Wer sein Fenster aufmacht, kann also reinere Luft als innerhalb der Wohnung atmen. Das nehmen Sie nicht zur Kenntnis! Das Thema interessiert Sie gar nicht!

[Zurufe von den Grünen]

Aber das ist genau das Problem, dass es immer noch zu wenig Informationen über die Quellen gibt. Aber selbst die bekannten Informationen über den Umfang der Feinstaubbelastung liefern keinen Grund für den Katatrophenpopanz, den Sie hier immer betreiben, und erst recht keinen Grund für die in den Anträgen der Grünen vorgeschlagenen Maßnahmen.

(D)

Erstens: Feinstaubemissionen sind überall in der westlichen Welt zurückgegangen. Es gibt Hinweise, dass sie in Deutschland seit den 90er Jahren um 90 % zurückgegangen sind.

Zweitens: Auch im Straßenverkehr ist ein Rückgang der Dieselrußemissionen eingetreten, und zwar in erheblichem Umfang: Manche sprechen von der gleichen Größenordnung wie beim allgemeinen Rückgang.

Drittens: Der Anteil des Straßenverkehrs an den Emissionen macht in Deutschland nur 20 % aus. 35 % kommen von der Industrie, 18 % von den Haushalten. Selbst wenn der Anteil in Berlin höher sein mag, ändert das nichts an Spitzenlasten zum Beispiel durch Einträge aus anderen Regionen. Wir kennen die Messungen der Senatsverwaltung: Wenn die nicht entschwefelten Kraftwerke in Tschechien oder Polen ihre Emissionen herüberwehen, dann haben wir Überschreitungen der Grenzwerte. Das interessiert Sie in der Regel nicht, aber hier könnte man gerade bei den Grenzwertüberschreitungen mehr erreichen.

Viertens: Als kürzlich George Bush Deutschland besuchte, kam es im Rhein-Main-Gebiet bekanntlich zu ei-

Hahn**(A)**

nem großflächigen Stillstand des Verkehrs. Die Umwelt-Techniker konnten jedoch keinen Rückgang der Feinstaubemissionen messen.

Fünftens: Auf der Insel Norderney in der Nordsee ist es in diesem Jahr schon sieben Mal zu einer Überschreitung der EU-Grenzwerte gekommen. Die Insel hat aber bekanntlich keinen Autoverkehr. Hier müssen Sie sich doch auch Fragen stellen, Herr Buchholz, mit Ihrem Luftreinhalteplan: Lösen Sie tatsächlich die Probleme oder bekämpfen Sie mit hohem Aufwand eine Emissionsquelle, die gar nicht so entscheidend ist?

[Beifall bei der FDP –

Beifall des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Das ist doch die wesentliche Frage. So weit der Luftreinhalteplan, der vorgelegt worden ist – im Großen und Ganzen ist er bemerkenswert besonnen –, hierauf Bezug nimmt und die altbekannten Maßnahmen wie etwa Tempo-30-Anordnungen vorsieht, haben wir gegen ihn erhebliche Bedenken. Wir glauben, diese Maßnahmen fallen auch unter das Stichwort Ersatzhandlung.

Abschließend: Ich glaube zwar nicht, dass das Thema Feinstaub ein Scheinproblem ist, aber es ist auch nicht mehr weit von einem solchen entfernt. Ich meine, hierauf auch noch mit Ersatzhandlungen zu reagieren, sollten wir nicht zulassen. Wenn diese Geld kosten und obendrein Wohlstandsverluste mit sich bringen, dann hört der Spaß auf. Auch wenn die Grünen dies nicht zur Kenntnis nehmen wollen. – Danke!

(B)

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsident Dr. Stölzl: Danke schön, Herr Kollege Hahn! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass wir zu den Abstimmungen kommen können.

Zum Antrag Drucksache 15/3406 – Stichwort: Frische Luft für Berlin – empfiehlt der Ausschuss einstimmig bei einer Enthaltung bei der CDU, den Antrag für erledigt zu erklären. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Parteien. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so erledigt.

Zum Antrag Drucksache 15/3606 – Stichworte: Aufstellung des Luftreinhalteplans – empfiehlt der Ausschuss einstimmig bei einer Enthaltung bei der CDU, ebenfalls den Antrag für erledigt zu erklären. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum alle Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so erledigt.

Zum Antrag Drucksache 15/2964 – Luftschadstoffe statt EU-Richtlinien bekämpfen – empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich gegen die Grünen die Ablehnung. Wer dem Antrag jedoch seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen.

Danke schön! Die Gegenprobe! – Sämtliche anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

(C)

Zum Antrag Drucksache 15/3886 – Umweltschonende Verkehrslenkung in Berlin – empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich gegen CDU und FDP die Ablehnung. Wer dem Antrag jedoch seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Union und FDP. Die Gegenprobe! – Sämtliche anderen Fraktionen. Dann ist das mehrheitlich abgelehnt. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Die lfd. Nr. 14 hatten wir bereits zusammen mit der Priorität der PDS unter dem Tagesordnungspunkt 4 a aufgerufen.

Lfd. Nr. 15 ist bereits durch die Konsensliste erledigt.

Lfd. Nr. 16:

Zusammenstellung

**Vorlagen – zur Kenntnisnahme –
gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB**

Drs 15/3996

Die Fraktion der Grünen hat die Überweisung der Verordnung unter der laufenden Nr. 1 der Zusammenstellung – VO-Nr. 15/245 über Verordnung über den Betrieb von Sonderbauten sowie die Überweisung der lfd. Nr. 3 – VO-Nr. 15/247 über Verordnung zur Änderung der Baugebührenordnung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr beantragt.

(D)

Ich höre gegen diese Überweisungswünsche keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Weitere Überweisungswünsche liegen mir nicht vor. Ich stelle damit fest, dass das Haus von der Verordnung unter der lfd. Nr. 2 der Zusammenstellung Kenntnis genommen hat.

Lfd. Nr. 17 ist bereits durch die Konsensliste erledigt.

Lfd. Nr. 18:

Antrag

**Berliner Schulgesetz: mehr Bildungsqualität,
weniger ideologische Experimente (10) –
erfolgreiche Bildungs- und Jugendarbeit der
musikbetonten Schulen dauerhaft sichern**

Antrag der CDU Drs 15/3978

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu 5 Minuten zur Verfügung. Es beginnen die Antragsteller. Frau Kollegin Schultze-Berndt hat das Wort für die Fraktion der CDU. – Bitte schön!

Frau Schultze-Berndt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der PISA-Studie wird heiß um Reformen gestritten. Die Ziele sind, eine bessere individuelle Förderung zu erreichen und die Bildung unserer